

10 Schritte

für ein sauberes Berlin

Beschluss der CDU-Fraktion Berlin

5. Juli 2024

10 Schritte für ein sauberes Berlin

Wir setzen uns dafür ein, die Sauberkeit in unserer Stadt nachhaltig zu verbessern. Die erfolgreichen Sperrmülltage in den Kiezen sind ein wichtiger Schritt, um illegal entsorgten Abfall zu reduzieren und die Wohngebiete sauberer zu halten. Darüber hinaus haben wir die Möglichkeiten der Berliner Stadtreinigung, die für die Reinigung der Parks verantwortlich ist, deutlich ausgeweitet, um die Grünflächen in unserer Stadt für alle Bürger ansprechend und hygienisch zu gestalten. Durch unsere Initiative reinigt diese auch die Spielplätze der Stadt, um sie in einem saubereren Zustand zu halten. Unser Ziel ist es, sowohl die Parks als auch die Spielplätze zu Orten zu machen, an denen sich alle Berliner, ob groß oder klein, wohlfühlen und sicher spielen können. Durch die Ausweitung der Aufgaben der BSR stellen wir sicher, dass sowohl Grünflächen als auch Spielbereiche in der Hauptstadt stets sauber und einladend sind und Graffitis aus dem Stadtbild entfernt werden. Insgesamt streben wir eine sauberere Hauptstadt an, in der sich alle Einwohner wohlfühlen können.

Dennoch hat die Verwahrlosung des öffentlichen Raumes in den letzten Jahren stark zugenommen. Um diesen Zuständen entschieden entgegenzutreten und die Aufenthaltsqualität in allen Bereichen der Stadt insgesamt zu erhöhen, will die CDU-Fraktion Berlin die nötigen Schritte einleiten, um die fortwährende Vermüllung des öffentlichen Raumes durch folgende Maßnahmen zu reduzieren:

Umfassende Kampagne zur Abfallvermeidung und -trennung durch den Senat in allen öffentlichen Gebäuden der Bezirke, des Landes Berlin und der landeseigenen Gesellschaften sowie bei privaten Unternehmen, sofern diese sich an der Initiative beteiligen möchten. Dafür wird der „Internationaler Tag der Abfallvermeidung“ am 30. März zukünftig genutzt, um auch über Mitmachprogramme Angebote für alle Teile der Gesellschaft flächendeckend in Berlin anbieten zu können.

Es wird zukünftig sichergestellt, dass alle öffentlichen Gebäude verbindlich die Abfalltrennung anbieten müssen. Die Kehrenbürgeraktionen rund um die BSR Kieztage unterstützen wir und wollen wir verstetigen. Mögliche Ausschreibungen z. B. im Kontext der

privaten Schulreinigung müssen dementsprechend angepasst werden. Sofern es logistische Gründe gibt, bisher die getrennte Sammlung der Abfälle nicht durchführen zu können, müssen diese transparent gemacht und durch einen konkreten Zeitplan zur Behebung des Missstandes konkretisiert werden. Bis zum Jahr 2026 darf der Abfall in öffentlichen Gebäuden und den landeseigenen Gesellschaften nur noch getrennt gesammelt und weitergegeben werden.

Die BSR stellt zukünftig sicher, dass alle Bürger Berlins die Möglichkeit erhalten, durch die BSR im Bereich des ehrenamtlichen Engagements zur Sauberkeit unserer Stadt mit Beratung, Material und Einbindung in Reinigungs- und Abholprozesse berücksichtigt werden. Dafür können bei Wunsch bzw. Bedarf Kooperationen und Partnerschaften mit Einzelpersonen, Initiativen, Vereinen und Unternehmen vereinbart werden.

Die getrennte Sammlung im öffentlichen Raum soll unter Hinzuziehung modernster technologischer Möglichkeiten deutlich verstärkt werden. Mit der Unterstützung der ca. 25.000 Papierkörbe der BSR und in Zusammenarbeit mit den Bezirken soll zukünftig ermöglicht werden, dass an besonderen Orten der Stadt mit vielen Besuchern unterschiedliche Behältnisse zur Sammlung der unterschiedlichen Abfälle (Papier, Glas, Verpackungen, Biomüll und Restmüll) angeboten werden müssen. Zudem soll das Angebot an Papierkörben, insbesondere mit Unterflurbehältern auf ca. 30.000 Stück bis zum Jahr 2030 ausgebaut werden.

Das Land Berlin wird aufgefordert durch die Kompetenz der BSR sowie privater Unternehmen dazu beizutragen, die technologische Entwicklung in der nachträglichen Trennung einzelner Abfallarten voranzubringen. Bereits jetzt können viele Abfälle nachträglich gut getrennt und recycelt werden. In Bezug auf sogenannte „Coffee to go“ Becher gilt dies jedoch nicht. Insbesondere die Beschichtung führt dazu, dass die Behältnisse bisher leider nur energetisch verwertet werden können.

Das Land Berlin soll in Zusammenarbeit mit der BSR und privater Unternehmer eine Bundesratsinitiative prüfen, um Batterien, Akkus und sonstige Energiespeicher durch ein Pfandsystem dem (irr)regulären Entsorgungsprozess zu entziehen und die sachgerechte Verwertung zu ermöglichen. Bisher landen viele leicht entzündliche Produkte in den Behältnissen für Kunststoffe bzw. Restmüll und stellen damit ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar.

Insbesondere bei Neubau- und Sanierungsprojekten im Land Berlin soll die Installation von Unterflurbehältern verpflichtend geprüft werden, um Müllansammlungen, Lärm- sowie Geruchsbelästigung zukünftig zu verhindern. Wenn möglich soll diese Technologie auch in öffentlichen Parks, Grünanlagen und auf Spielplätzen zum Einsatz kommen.

Die konsequente Ahndung von illegaler Müllentsorgung bereits beginnend mit der weggeworfenen Zigarette, dem achtlosen Wegschmeißen von Lebensmitteln im öffentlichen Raum oder den zerbrochenen Glasflaschen muss zukünftig zu den Schwerpunkten der Berliner Ordnungsbehörden gehören. Für eine bessere Überwachung und konsequente Bekämpfung illegal entsorgter Abfälle soll eine Task Force Müll-Ermittler in das Leben gerufen werden. Hierzu existiert bereits ein Antrag der CDU-Fraktion, um das Anliegen durchzusetzen. Insbesondere durch den neuen Bußgeldkatalog wird zeitnah sichergestellt, dass u. a. Bauschutt und illegal entsorgter Gewerbeabfall schwerer bestraft werden können. Daher ist es unerlässlich den Vollzug des Bußgeldkataloges im Land Berlin stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Wir streben eine schnelle Verabschiedung des neuen Bußgeldkataloges gemeinsam mit unserem Koalitionspartner an und bitten die SPD-Fraktion Berlin den Antrag nunmehr schnell zu beschließen. Andernfalls ist eine exekutive Verabschiedung durch die zuständige Senatsverwaltung zu erlassen.

Der Senat wird weiterhin aufgefordert zu prüfen, inwieweit die Öffnungszeiten bestehender Standorte der BSR-Sperrmüllhöfe, insbesondere am Wochenende erweitert werden können, um eine ordnungsgemäße Entsorgung für alle Bevölkerungsteile zu erleichtern. Dabei ist insbesondere zu beachten, dass die Bedürfnisse der Mitarbeiter der BSR bei der Ausgestaltung Berücksichtigung finden. Zudem sollten dafür nur Sperrmüllhöfe in Betracht gezogen werden, bei denen es keine umliegende Bewohnerschaft gibt.

Zudem soll die BSR ein niederschwelliges kostenpflichtiges Angebot für die Sperrmüllabholung mit dem Angebot von zeitnahen Terminen auch in Tagesrandzeiten anbieten. Die vom Abgeordnetenhaus und Senat ausgeweitete Strategie „Saubere Stadt“ wird sukzessive durch Hinzunahme weiterer Spielplätze, Grünanlagen und Parks zur Entlastung der Bezirke fortgeschrieben. Ziel muss es sein, dass die BSR alle wesentlichen öffentliche Räume verantwortet und damit neue Standards für die Stadtsauberkeit in Berlin setzen kann.

Begründung

Die zunehmende Vermüllung in der Stadt stellt nicht nur ein ästhetisches Problem dar, sondern hat auch gravierende Auswirkungen auf die Umwelt, die Gesundheit der Bürger und das allgemeine Wohlbefinden der Gemeinschaft. Illegale Müllentsorgung verschlechtert das Stadtbild, mindert die Lebensqualität der Bewohner und wirkt sowohl für Einheimische als auch für Touristen abschreckend. Zudem hat die Vermüllung erhebliche negative Auswirkungen auf die Umwelt. Plastikabfälle und andere nicht abbaubare Materialien verschmutzen die Natur, gefährden die Tierwelt und tragen zur Verschmutzung von Böden und Gewässern bei. Eine Reduzierung der Müllmenge und eine korrekte Entsorgung sind daher entscheidend, um die natürlichen Ressourcen zu schützen und die Biodiversität zu erhalten. Gefährliche Stoffe aus nicht sachgerecht entsorgtem Müll können sich in der Umgebung ausbreiten und die Gesundheit der Bevölkerung gefährden.

Eine breit angelegte Kampagne zur Reduktion und richtigen Trennung von Abfällen in öffentlichen Gebäuden Berlins, einschließlich der Bezirke, des Landes und der städtischen Unternehmen sowie privater Betriebe, ist essenziell, um das Bewusstsein für dieses Problem zu schärfen. Der „Internationale Tag der Abfallvermeidung“ am 30. März bietet eine ausgezeichnete Gelegenheit, um in ganz Berlin Programme anzubieten, an denen die gesamte Gesellschaft teilnehmen kann. Eine saubere Umgebung trägt erheblich dazu bei, dass sich die Bewohner in ihrer Stadt wohl fühlen und stolz auf ihre Gemeinschaft sind.

Die Einführung einer verbindlichen Abfalltrennung ist entscheidend, um das Bewusstsein für nachhaltiges Abfallmanagement zu stärken und eine Vorbildfunktion für die Bürger einzunehmen. Durch die Anpassung von Ausschreibungen im Bereich der privaten Schulreinigung werden auch diese Bereiche in die neuen Standards integriert. Die transparente Darstellung logistischer Herausforderungen sowie ein konkreter Zeitplan zur Lösung dieser Probleme gewährleisten die erfolgreiche Umsetzung der Abfalltrennung. Die verpflichtende Einführung bis 2026 markiert einen bedeutenden Schritt zur Abfallreduzierung und Förderung des Recyclings, was langfristig sowohl ökologisch als auch ökonomisch von Vorteil ist.

Die Einbindung von Bürgern in ehrenamtliche Sauberkeitsprojekte fördert das Verantwortungsbewusstsein und stärkt das Gemeinschaftsgefühl. Durch Beratung, Bereitstellung von Material und die Einbindung in Reinigungs- und Abholprozesse können effektive Partnerschaften mit Einzelpersonen, Initiativen, Vereinen und Unternehmen entstehen. Dies führt zu einer saubereren Stadt und entlastet die öffentlichen Ressourcen.

Die Weiterentwicklung moderner technischer Lösungen zur Abfalltrennung im öffentlichen Raum ist entscheidend, um die Effizienz und Wirksamkeit des Recyclings zu erhöhen. An stark frequentierten Orten der Stadt sollen spezielle Behältnisse für verschiedene Abfallarten wie Papier, Glas, Verpackungen, Biomüll und Restmüll aufgestellt werden. Dies erleichtert den Bürgern die richtige Mülltrennung und verbessert die Recyclingquote erheblich. Die Erweiterung des Angebots an Abfallbehältern, einschließlich moderner Unterflurbehälter, auf insgesamt etwa 30.000 Stück bis 2030 wird dazu beitragen, die Sauberkeit in der Stadt nachhaltig zu verbessern.

Darüber hinaus ist es notwendig, die technologische Entwicklung zur nachträglichen Trennung von Abfallarten weiter voranzutreiben. Obwohl viele Abfälle bereits gut getrennt und recycelt werden können, gibt es weiterhin Herausforderungen, wie etwa die Beschichtungen von „Coffee to go“-Bechern, die eine effektive Wiederverwertung verhindern. Durch verstärkte Forschung und Entwicklung in diesem Bereich könnten diese Hindernisse überwunden werden, was zu einer höheren Recyclingquote und einer geringeren Umweltbelastung führen würde.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Einführung eines Pfandsystems für Batterien, Akkus und andere Energiespeicher. Diese Produkte stellen ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar, wenn sie im regulären Müll landen, da sie leicht entzündlich sind. Ein Pfandsystem würde sicherstellen, dass diese Materialien sachgerecht entsorgt und recycelt werden und Sicherheitsrisiken, in Form von Brandquellen, sowie die Explosionsgefahr deutlich minimiert werden können. Neben dem erhöhten Sicherheitsaspekt würden somit auch wertvolle Ressourcen geschont. Diese Maßnahmen zusammen fördern eine nachhaltigere Abfallwirtschaft und tragen wesentlich dazu bei, die Umweltbelastung in der Stadt zu reduzieren und die Lebensqualität der Bürger zu verbessern.

Die Nutzung von Unterflurbehältern bei Bau- und Sanierungsprojekten, sowie in öffentlichen Parks, Grünanlagen und auf Spielplätzen bietet mehrere Vorteile. Diese Technologie verhindert effektiv Müllansammlungen, reduziert Lärm- und Geruchsbelästigungen und verbessert das ästhetische Erscheinungsbild öffentlicher Räume. Zudem fördert sie eine nachhaltige Abfallwirtschaft durch die Trennung recycelbarer Abfälle und kann langfristig zu Kosteneinsparungen führen und hilft dabei, die Stadtsauberkeit insgesamt zu erhöhen.

Die geplante Aktualisierung des Bußgeldkatalogs für Umweltvergehen, indem die Bußgelder für Umweltverstöße und die illegale Ablagerung von Müll und Schutt deutlich angehoben werden sollen, ist ein Schritt in die richtige Richtung, da erhöhte Strafandrohungen einen Anreiz zum Umdenken bieten. Insoweit streben wir eine schnelle Verabschiedung und Umsetzung des Bußgeldkataloges gemeinsam mit unserem Koalitionspartner an oder prüfen eine exekutive Verabschiedung durch die zuständige Senatsverwaltung. In jedem Fall wollen wir eine konsequente Anwendung sicherstellen. Hohe Bußgelder können nur dann abschreckend wirken, wenn sie auch tatsächlich durch Schwerpunktkontrollen und konsequente Strafverfolgung umgesetzt werden. Eine effektive Lösung erfordert daher nicht nur drastische Strafen, sondern auch eine breite Öffentlichkeitsarbeit über die Folgen von Umweltvergehen. Weiter dieses Ziel unterstützen soll unser Antrag zur Task Force „Müll-Ermittler“ um die Überwachung und Bekämpfung illegaler Abfallentsorgung in Berlin zu verstärken. Ziel ist auch hier die konsequentere Anwendung der neuen Bußgelder, sowie die Einrichtung eines Think Tanks aus Experten der relevanten Senatsverwaltungen und Bezirke, um effektive Maßnahmen gegen illegale Abfallentsorgung zu entwickeln. Schulungen für Ordnungsämter, die Berliner Stadtreinigung und andere Entsorger im öffentlichen Raum sind ebenfalls geplant, unterstützt durch sporadische Überwachung an HotSpots mittels Wildtierkameras zum Schutz der Umwelt und zur Abschreckung potenzieller Täter.

Die Forderung, die Öffnungszeiten der BSR-Sperrmüllhöfe, insbesondere am Wochenende, zu erweitern, ist entscheidend, um eine ordnungsgemäße Entsorgung für alle Bevölkerungsteile zu erleichtern. Durch längere Öffnungszeiten wird den Bürgern mehr Flexibilität geboten, was die ordnungsgemäße Entsorgung fördert und illegale Ablagerungen reduzieren kann. Es ist wichtig, die Bedürfnisse der BSR-Mitarbeiter zu berücksichtigen, um eine effiziente Umsetzung zu gewährleisten. Zudem sollten Standorte ohne

umliegende Wohnbevölkerung bevorzugt werden, um mögliche Belästigungen zu minimieren und die Akzeptanz in der Nachbarschaft sicherzustellen.

Die Fortschreibung der Strategie "Sauber Stadt" durch die Einbeziehung weiterer Spielplätze, Grünanlagen und Parks ist essenziell, um die Bezirke zu entlasten und die Stadtsauberkeit in Berlin deutlich zu verbessern. Indem die BSR die Verantwortung für alle wesentlichen öffentlichen Räume übernimmt, können neue Standards gesetzt werden, die eine saubere und attraktive Umgebung für alle Berlinerinnen und Berliner gewährleisten. Dies fördert nicht nur das Wohlbefinden der Bevölkerung, sondern stärkt auch das positive Image der Stadt und unterstützt den Tourismus.

Dieser umfassende 10-Punkte-Plan verdeutlicht die notwendigen Maßnahmen, die übergreifend zur Erhaltung der Lebensqualität unserer Stadt erforderlich sind. Eine gezielte Stärkung dieser Maßnahmen ist unumgänglich, um Berlin als lebens- und liebenswerte Metropole zu erhalten.

CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin

-  Telefon: (030) 23 25 21 15
-  Telefax: (030) 23 25 27 65
-  mail@cdu-fraktion.berlin.de
-  www.cdu-fraktion.berlin.de